

## **ANTRAG**

### **der Fraktionen der SPD und DIE LINKE**

### **Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes**

Der Landtag möge beschließen:

#### **I. Der Landtag stellt fest:**

Gegenseitiger Respekt, Vielfalt und Demokratie sind für Mecklenburg-Vorpommern konstituierende Merkmale einer friedfertigen und solidarischen Gesellschaft in einem erfolgreichen Bundesland. Der Landtag stellt fest, dass die größte Gefahr für diese freiheitlich-demokratische Grundordnung in Mecklenburg-Vorpommern, wie auch in Deutschland, vom Rechtsextremismus ausgeht. Dies zeigt nicht nur das Beispiel NSU, bei dem eine rechts-extreme Terrorzelle jahrelang rassistisch motivierte Morde in Deutschland verüben konnte – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Dies zeigen auch die rechtsextremistisch motivierten, kaltblütigen Anschläge von Halle und Hanau oder der Mord an Walter Lübcke. Immer wieder lassen Aktivitäten der Sicherheitsorgane auch in Mecklenburg-Vorpommern aufhorchen, die in rechtsextremen Kreisen Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffrecht nachgehen müssen. Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten bilden auch in unserem Bundesland nach wie vor eindeutig den Schwerpunkt des Phänomenbereichs. Diesem Hass und dieser Gewalt muss frühzeitig und entschieden entgegengetreten werden, bevor aus Worten Taten werden können und Menschen ihr Leben verlieren.

#### **II. Die Landesregierung wird aufgefordert,**

1. ihre Maßnahmen zur Entwaffnung, Zerschlagung und Repression der rechtsextremen Szene unvermindert und mit steigendem Druck fortzusetzen. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die angekündigten Initiativen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Austrocknung von Finanzierungsquellen rechtsextremer Strukturen, zur Verschärfung des Waffenrechtes bis hin zur Einziehung von Waffen sowie zum konsequenteren Vorgehen gegen Hass- und Gewaltverbrechen im Bundesrat zu unterstützen und positiv zu begleiten. Gleiches gilt für das Demokratiefördergesetz, mit dessen Hilfe Initiativen gegen Extremismus besser ausgestattet werden sollen.

2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die waffenrechtliche Zuverlässigkeit in Richtung eines notwendigen positiven und regelmäßig zu erneuernden Nachweises der Zuverlässigkeit als Voraussetzung für die Ermächtigung eines Waffenbesitzes anstelle des aktuellen Nachweises einer Unzuverlässigkeit entwickelt wird, um waffenrechtliche Befugnisse verwehren oder entziehen zu können.
3. im Lichte des Urteils des Kölner Verwaltungsgerichts zur Einstufung der AfD als „rechtsextremer Verdachtsfall“ aufgrund „tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen“ zu prüfen, inwieweit sich dieses Urteil auf die Beobachtung des AfD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Gliederungen auswirkt. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten zu klären, was das Urteil für die Teilnahme der AfD an Gremien zur Kontrolle des Verfassungsschutzes bedeutet und inwieweit Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und Beamte, die AfD-Mitglieder sind, weiter durch die öffentliche Hand beschäftigt werden können.
4. die kommunale Ebene hinsichtlich ihrer heute bereits bestehenden Möglichkeiten zum verwaltungsrechtlichen Vorgehen gegen rechtsextreme Strukturen und gegen geplante Veranstaltungen dieses Spektrums zu sensibilisieren und zu aktivieren.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**